

Berliner Tierschutzbündnis

Aktionsgemeinschaft für politischen Tierschutz

Bund gegen Missbrauch der Tiere e.V.
Tierschutzverein für Berlin u.U. e.V.
Tierversuchsgegner Berlin und Brandenburg e.V.

Berliner Tierschutzbündnis c/o Tierversuchsgegner Berlin
und Brandenburg e.V. | Dahlmannstraße 16 | 10629 Berlin

Ansprechpartner: Brigitte Jenner

c/o Tierversuchsgegner Berlin und
Brandenburg e.V.
Dahlmannstraße 16, 10629 Berlin

Datum: 29. September 2011

Tel.: +49 (0)30 815 81 99
E-Mail: jenner@tierversuchsgegner-berlin-brandenburg.de

PRESSEINFORMATION

Organisationen stellen zehn Forderungen vor Berlins Tierschützer fordern mehr Tierschutz im Roten Rathaus

Berlin, 29. September 2011 – Berlin bekommt eine neue Landesregierung – so viel ist sicher. Allerdings ist unklar, mit wem die SPD für die kommenden fünf Jahre ein Regierungsbündnis eingeht. Die drei im Berliner Tierschutzbündnis vertretenen Organisationen – der Bund gegen Missbrauch der Tiere, der Tierschutzverein für Berlin sowie die Tierversuchsgegner Berlin und Brandenburg – erwarten unabhängig vom Ausgang der Sondierungs- und Koalitionsgespräche ein deutliches Signal für mehr Tierschutz im Roten Rathaus. Ein entsprechendes Zehn-Punkte-Programm haben sie am Donnerstag im Rahmen einer Aktion zum Welttierschutztag am Brandenburger Tor vorgestellt. Motto der Aktion: „Für mehr Tierschutz im Roten Rathaus“.

„Eine neue Landesregierung kann eine Chance für die Tiere in der Hauptstadt sein“, hofft Wolfgang Apel, der Präsident des Tierschutzvereins für Berlin. Brigitte Jenner von den Tierversuchsgegnern ergänzt: „Regierungswechsel in Hamburg oder Nordrhein-Westfalen haben bewiesen, dass dem Tierschutz auch mehr Gewicht seitens der politischen Verantwortlichen verliehen werden kann.“ Konkret wurden wesentliche Punkte des Tierschutzes in die Koalitionsvereinbarungen beider Länder übernommen – darunter ein Wildtierverbot in Zirkussen oder die Einführung der Verbandsklage für anerkannte Tierschutzvereine. „Berlin muss sich an diesen Ländern nur ein Beispiel nehmen und ein Zeichen in Richtung Tierschutz setzen“, sagt Claudia Lotz vom Bund gegen Missbrauch der Tiere.

Zehn Punkte umfasst das Papier, das am Donnerstag in der guten Stube der Stadt – auf dem Pariser Platz am Brandenburger Tor – vorgestellt wurde. Denn: Tierschutz gehört ins Rote Rathaus, Tierschutz gehört zu Berlin wie der Pariser Platz vor das Brandenburger Tor. In den kommenden Tagen werden die neuen Abgeordnetenhausfraktionen das vom Berliner Tierschutzbündnis erarbeitete Papier, quasi als Gedächtnisstütze, übermittelt bekommen. „Es bleibt abzuwarten, ob vor der Wahl getroffene Aussagen für mehr Tierschutz auch nach der Wahl umgesetzt werden“, so Wolfgang Apel.

Die Forderungen im Einzelnen:

1. Einführung einer Kastration- und Kennzeichnungspflicht von Freigängerkatzen

In Berlin leben mehrere Zehntausend Katzen auf der Straße. Sie wurden ursprünglich ausgesetzt, sind entlaufen oder stammen zum Teil von privaten Haltern. Hiermit soll das Problem der unkontrollierten Vermehrung der Katzen eingedämmt werden.



2. Änderung des Hundegesetzes von 2004

Damit Hunde in verantwortungsvolle Hände geraten, soll jeder Hundehalter vor der Aufnahme eines Hundes einen Sachkundenachweis erbringen. Eine Einstufung nach Gefährlichkeit der Rasse darf nicht automatisch erfolgen, sondern muss im Einzelfall entschieden werden.

3. Einführung eines Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzvereine

Bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz oder tierschutzrechtliche Bestimmungen müssen Tierschutzorganisationen direkt vor Gericht klagen können.

4. Tierversuche reduzieren – Ersatzmethoden ausbauen

Um dieses Ziel zu erreichen, muss die tierversuchsfreie Forschung verstärkt und vorrangig ausgebaut und gefördert werden.

5. Hundeauslaufgebiete schaffen

Hunde brauchen Bewegung und Freilauf. Die Zahl von Hundefreilaufflächen muss erhöht und bestehende Gebiete erneuert werden.

6. Wildtiere gehören nicht in den Zirkus

Eine art- und verhaltensgerechte Unterbringung von Wildtieren ist unter den Bedingungen eines reisenden Zirkusunternehmens nicht möglich.

8. Mehr staatliche Finanzierung der Tierheime

Fundtiere müssen länger finanziert werden. Hier muss die Verbleibdauer der Tiere im Tierheim berücksichtigt werden.

9. Tierschutz in die Förderrichtlinie des Lottogesetzes

Nach den Förderrichtlinien werden soziale, karitative, dem Umweltschutz dienliche, kulturelle, staatsbürgerliche und sportliche Vorhaben berücksichtigt. Der Tierschutz muss dieser Auswahl hinzugefügt werden.

10. Heimtiergesetz

Die Haltung von Heimtieren in Deutschland muss konkret geregelt werden. So müssen die Haltung von exotischen Tieren in Privathaushalten und auch Qualzuchtungen verboten werden.

Ansprechpartner:

Für weitere Informationen stehen Ihnen Brigitte Jenner von den Tierversuchsgegnern, Tel. (030) 815 81 99, und Marcel Gäding, Tierschutzverein für Berlin, Tel. (030) 76888-115, zur Verfügung. Fotomaterial stellen wir Ihnen von der Aktion gerne zur Verfügung. Bitte schicken Sie uns eine Mail: presse@tierschutz-berlin.de